

## Vom Rand zur Mitte?

# Partizipation und Politisierungsprozesse von liberalen Frauen in der Aufbauphase der Bundesrepublik

Die Verleihung des Wahlrechts und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung durch die Räteregierung und in der Weimarer Reichsverfassung 1919 markierte nach dem Ersten Weltkrieg einen ersten Meilenstein auf dem Weg zur Partizipation der Frauen in Parteien und Parlamenten, obgleich die zugestandenen Rechte 1933 faktisch wieder entzogen wurden. In der nationalsozialistischen Diktatur blieben Frauen von der offiziellen Politik ausgeschlossen. Erst nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur konnten sie 1945 erneut parteipolitisch aktiv werden.

Die Stellung der Frauen in Parteien und Parlamenten blieb jedoch ambivalent: Trotz der im Verfassungstext 1949 theoretisch zugestandenen Gleichberechtigung waren Frauen in der Parteipolitik der Bundesrepublik bis in die 1980er Jahre hinein ein Ausnahmephänomen.

Diese Spannung zwischen Verfassungsnorm und unzureichender Verwirklichung in der politischen Praxis prägte in hohem Maß auch die Situation der Frauen in den liberalen Parteiverbänden in der Weimarer und Bonner Republik. Obgleich bürgerliche Frauenrechtlerinnen den politischen Liberalismus als Bündnispartner in ihrem Kampf für Emanzipation, verbesserte Bildungs- und Berufschancen und politische Freiheitsrechte auch für Frauen sahen, mussten sie Mut und Durchsetzungsvermögen zeigen, wenn sie sich gegenüber ihren männlichen Gesinnungsgenossen behaupten wollten. Bereits in den liberalen Vorläuferparteien der FDP in der Weimarer Republik, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), stießen Politikerinnen trotz des theoretischen Zugeständnisses der Gleichberechtigung in der politischen Praxis auf Widerstände der Männer gegen eine gleichberechtigte Mitarbeit der Frauen. Dieses spannungsreiche Verhältnis zwischen politischem Liberalismus und Frauenbeteiligung setzte sich in der FDP der Nachkriegszeit fort.

Als sich nach 1945 die ersten liberalen Parteiverbände konstituierten, schlossen sich ihnen zunächst vorrangig Politikerinnen der Weimarer Generation an, die schon in DDP und DVP organisiert waren. Der Kampf um eine verbesserte Rechtsstellung der Frauen reichte für Frauenrechtlerinnen wie die frühere DDP-Reichstagsabgeordnete Marie-Elisabeth Lüders bis in die 1890er

Jahre zurück. Der Zusammenbruch des Nationalsozialismus bedeutete für sie die Chance zur Wiederaufnahme der vor 1933 begonnenen frauenpolitischen Reformbestrebungen.

Ob und inwieweit Politikerinnen liberaler Parteiverbände nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur 1945 an die Traditionslinien der Politikerinnen der bürgerlich-liberalen Parteien und Frauenorganisationen vor 1933 anknüpfen konnten, ist eine zentrale Frage der Forschung, die hier zur Einordnung der liberalen Politikerinnen und ihres Wirkens in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit zwischen Weimarer und neuer Frauenbewegung aufgegriffen wird.

Führte der erneute Eintritt der Frauen in die Politik nach ihrer Entrechtung im Nationalsozialismus dazu, dass die gleichberechtigte Frauenbeteiligung in Partei und Parlament als eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Demokratisierung betrachtet wurde? Inwieweit gelang es liberalen Politikerinnen, die Behandlung von Frauen- und Gleichberechtigungspolitik als randständiges Politikfeld in ihrer Partei zu durchbrechen? Welchen Handlungsbedarf sahen die Politikerinnen angesichts der Tradierung ihres Minderheitenstatus? Wurden sie von ihren männlichen Parteikollegen unterstützt, oder blieben sie wie in der Weimarer Zeit auf die Vernetzung mit Frauenverbänden verwiesen? Schrieben sie Frauen andere Qualitäten und Aufgaben in der Politik zu als Männern? Unterschied sich der politische Aufbruch der Weimarer Frauengeneration nach 1945 von dem der jüngeren Nachkriegspolitikerinnen?

Anliegen des folgenden Aufsatzes ist es, geleitet von diesen Fragen, einen historiographischen Beitrag zum Wirken der FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit zu leisten, um die Bedeutung ihrer Erfahrungen und Handlungen für die Frauenpolitik der FDP, für die Geschichte des Liberalismus in Deutschland, die Geschichte von Frauen in der Parteipolitik seit 1945 und für die ersten politischen Weichenstellungen beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft nach der Weststaatsgründung sichtbar zu machen. Die Antworten können zentrale Problemkomplexe der Geschichte der Demokratisierung und Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland erhellen, die ohne die Frage nach der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse unverständlich und unvollständig blieben.

Nach einem einleitenden Überblick über Forschungsstand und -literatur wird die partiinterne Situation der FDP-Politikerinnen einschließlich der Konflikte um eine Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten sowie ihre Interessen an einer Quotierung beschrieben. Dabei wird skizziert, welchen persönlichen Anteil die Parteipolitikerinnen an Veränderungen ihres politischen Milieus hatten, und welche Akteurinnen und Akteure zwischen 1945 und 1963 bei der Verwirklichung des in Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes verankerten Gleichberechtigungsauftrags kooperierten. Der zeitliche Schwerpunkt der Analyse wird auf die Aufbauphase der Bundesrepublik in der Ära

Adenauer gelegt. In einem Ausblick auf die folgenden Jahrzehnte wird jedoch der Frage nach Persistenz und Wandelbarkeit der Frauen- und Gleichberechtigungspolitik in der FDP nachgegangen.

## Forschungsstand

Die Geschichte der Demokratie in Deutschland ist bislang, so die Kritik der gender-sensiblen Partizipationsforschung, überwiegend als Geschichte männlicher Politiker geschrieben worden. Vorhandene Untersuchungen zu Parteipolitikerinnen nach 1945 beschränken sich entweder auf kurze Portraits einzelner prominenter Politikerinnen oder auf die Politikerinnen der beiden Volksparteien, während sie in der Liberalismus- und FDP-Forschung bis vor kurzem höchstens randständige Erwähnung fanden.<sup>1</sup> Vorrangig hat sich die durch die neue Frauenbewegung der 1970er Jahre geprägte feministische Forschung mit Frauen in der Politik befasst.

In den zumeist allgemein gehaltenen Überblicksdarstellungen zur parteipolitischen Partizipation von Frauen wird die unmittelbare Nachkriegszeit einhellig als eine Zeit beschrieben, in der die Versorgungs- und Orientierungskrise zu einer erweiterten Zuständigkeit der Frau für die Versorgung der Familie führte. Infolge der Abwesenheit der im Krieg gefallenen oder sich in Gefangenschaft befindenden Männer sicherten primär Frauen das Überleben ihrer Familien und weiter Bevölkerungskreise.<sup>2</sup> Dies führte zu einer Aufbruchsstimmung von Frauen, die sich für die Lenkung der politischen Geschicke Deutschlands besonders prädestiniert fühlten. Als Indiz des Aufbruchs oder der „Stunde der Frauen“<sup>3</sup> werden in erster Linie die in vielen deutschen Städten nach dem Krieg begründeten Frauenausschüsse betrachtet. In der Forschung wird diskutiert, ob und inwieweit die von Frauen geleisteten existentiellen, das Überleben weiter Bevölkerungskreise sichernden Tätigkeiten als Politik zu bewerten seien, inwieweit sie emanzipatorische Chancen bargen, und ob die Frauen im zeitlichen Kontext selbst die Verantwortung für ein in vielen Studien

- 1 Vgl. zur Forschungssituation Sylvia Heinemann: Frauenfragen sind Menschheitsfragen. Die Frauenpolitik der Freien Demokratinnen von 1949 bis 1963. Sulzbach/Taunus 2012, S. 14-28.
- 2 Vgl. Renate Genth: Frauenpolitik und politisches Handeln von Frauen In: Beiträge zur Dissidenz. Hg. v. Claudia von Werlhof. Frankfurt a.M. 2001, S. 73 ff.
- 3 So der von Nori Möding gewählte Titel ihres Aufsatzes zur Politik bürgerlicher Frauen: Die Stunde der Frauen? Frauen und Frauenorganisation des bürgerlichen Lagers. In: Martin Broszat/Klaus-Dieter Henke/Hans Woller (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988, S. 619-647.

unterstelltes Versäumen dieser Chancen trugen.<sup>4</sup> So spricht Renate Genth von einer zeitweiligen Ausnahmesituation, in der Frauen erfolgreich politisch agierten. Diese sei 1949 abgeschlossen gewesen, nachdem die Männer aus Krieg und Gefangenschaft heimgekehrt wären und ihre „angestammten“ Plätze in Institutionen, Arbeit und Familie zurückgefordert hätten.

In den 1950er Jahren wurde im offiziellen politischen Diskurs vielfach die Restauration der patriarchalischen Arbeitsteilung und Geschlechterordnung als erwünschte Norm propagiert. Nicht zuletzt infolge der tradierten Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Aufgabenbereichen prägte die Vorstellung, dass Politik „Männersache“ sei, das Alltagsdenken vieler Menschen in Deutschland. Daraus leiten einige Forscher/innen die These ab, in den 1950er Jahren hätten Politikerinnen aller Parteien sich kritiklos an restaurative Tendenzen der Ära Adenauer angepasst. Die politische Emanzipation sei in eine „Latenzphase“ getreten, während die Privatsphäre, die Beziehungen in Ehe und Familie, sich durch den Machtzuwachs der Frauen infolge ihrer erzwungenen Selbständigkeit in Kriegs- und Nachkriegszeit dauerhaft verändert habe.<sup>5</sup>

Aus einer anderen Deutungsperspektive wird die von Nachkriegspolitikerinnen betonte Annahme geschlechtsspezifischer Differenzen zwischen Frauen und Männern für den Machtverlust und das „Scheitern des Aufbruchs der Frauen“ verantwortlich gemacht, indem sie als Ursache für eine erneute geschlechtsspezifische Segmentierung der Tätigkeitsfelder in der Politik interpretiert wird. Die Politikerinnen hätten in Anknüpfung an die Theorie der „geistigen Mütterlichkeit“,<sup>6</sup> welche die Repräsentantinnen der bürgerlichen Frauenbewegung seit 1900 zur Rechtfertigung der politischen Partizipation und außerhäuslichen Erwerbsarbeit der Frauen vertraten, soziale und frauapolitische Fragen präferiert. Durch die „freiwillige Selbstbescheidung“ mit Ressorts, die als weniger einflussreich galten, trügen sie Mitschuld an ihrem eigenen Machtverlust.<sup>7</sup>

Welche Handlungsspielräume liberale Parteipolitikerinnen nach 1945 angesichts der Realitätsmächtigkeit der geschlechtsspezifischen Zuweisungen

4 Den Begriff der „versäumten Emanzipationschancen“ verwendet Annette Kuhn: 1945 – Versäumte Emanzipationschancen? Feministische Überlegungen zur Refamilialisierung nach 1945. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Frauen in den neuen Bundesländern: Rückzug in die Familie oder Aufbruch zur Gleichstellung in Beruf und Familie? Bonn 1991, S. 17-43, hier S. 17. Ähnlich formuliert Nori Möding ihre Fragestellung: „Die Stunde vertan?“, vgl. Möding (wie Anm. 3), S. 645 f.

5 Vgl. Genth (wie Anm. 2), S. 85-92.

6 Vgl. Irene Stoehr: „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900 In: Karin Hausen (Hg.): Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. München 1983, S. 221-249; Ute Gerhard: Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht. München 1990, S. 73-103.

7 Vgl. Petra Holz: Zwischen Tradition und Emanzipation. CDU-Politikerinnen in der Zeit von 1949 bis 1957. Königstein/ Taunus 2004, S. 240 ff. und Möding (wie Anm. 3), S. 646 f.

hatten, in welchem Verhältnis sie zu dem normativen, konservativen Frauenleitbild standen, das die Frau als Hausfrau und Mutter definierte, und wie sie ihre Handlungsspielräume in der Praxis nutzten, um ihre Vision von der politisch gleichberechtigten Frau zu verwirklichen, sind vor dem Hintergrund der skizzierten Forschungsthesen die Ausgangsfragen des folgenden Abschnitts.

## Der frauenpolitische Aufbruch liberaler Politikerinnen nach 1945

Zu den wichtigsten Forderungen der politisch agierenden Frauen nach 1945 gehörte die nach voller politischer Gleichberechtigung. Auf dem ersten Berliner Parteitag des Landesverbandes der LDP im Juni 1946 forderte die Delegierte Helene Beer die Besetzung der Stellen nach demokratischen Grundprinzipien einschließlich gleichberechtigter Partizipationschancen von Frauen in der Politik. Beachtenswert sind ihre Ausführungen auch aufgrund der radikalen Ausdrucksweise, die keine Anzeichen von Zurückhaltung und „weiblicher Selbstbescheidung“ erkennen lassen. Tradierte geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen lehnte sie in der Politik für ihre Generation als unzeitgemäß ab. Sie bilanzierte jedoch, es sei noch ein langer Weg von der grundsätzlichen Anerkennung der Gleichberechtigung bis zur praktischen Verwirklichung: „Es gibt weibliche Bürgermeister, Stadträte, Richter usw. Aber wie viele oder, richtiger gesagt, wie wenige dieser Posten sind durch Frauen besetzt! Der Kampf geht weiter, und er wird härter werden, je nachdrücklicher wir die restlose Erfüllung unserer Forderungen verlangen. Unsere Parole ist: ›Mehr Frauen in die öffentlichen Ämter und Verwaltungen!‹ [...] Die Frau unserer Generation in ihrem Kampf um ihre Rechte muß mit allem Nachdruck fordern, von der Öffentlichkeit als das anerkannt zu werden, was sie ist: eine selbständige, individuelle Staatsbürgerin.“<sup>8</sup>

Die liberale Frauenreferentin Erika Fischer verwies auf der ersten Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse in Berlin 1946 darauf, dass nach den nationalsozialistischen Verbrechen nicht mehr vorbehaltlos an das von der bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933 vertretene Konzept der „Mütterlichkeit“ angeknüpft werden könne. Wie Beer lehnte sie es explizit ab, dass Frauen sich nur Ressorts wie Gesundheitspflege, Wohlfahrt und Erziehung widmen sollten: „Wir stehen am Anfang zur Ausbildung einer echten Demokratie in Deutschland und wir haben als Frauen die Pflicht bei der Gestaltung dieser Demokratie alle unsere Kräfte, vor allem auch unsere Vernunft aktiv einzubringen.“

8 Erster Berliner Parteitag des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei am 1. und 2. Juni 1946 im Schiffbauerdamm-Theater in Berlin, hrsg. v. LDP-Landesverband Berlin. Berlin 1946, S. 64 u. 68. Exemplar im Archiv des Liberalismus, Gummersbach (demn. ADL), D01-01809.

setzen. [...] Wir Frauen müssen auf allen Gebieten führend mitarbeiten und führend eingeschaltet werden in die Gestaltung der Aufgaben.“<sup>9</sup>

Hinsichtlich der Eigenschaften der Frau gab es hingegen ein heterogenes Meinungsspektrum in den liberalen Parteiverbänden, wobei zwei unterschiedliche Deutungsperspektiven dominierten: Die Berliner LDP-Politikerin Ella Barowsky wandte sich gegen die Biologisierung politischer Sachverhalte. Sie vertrat ein strikt egalitäres Gleichberechtigungsverständnis und kritisierte sogar, dass von einer Frauenfrage, aber nicht von einer Männerfrage gesprochen werde. Die Differenzierung zwischen weiblichen und männlichen Arbeitsbereichen lehnte sie entschieden ab: „Eine Männerfrage hat es merkwürdigerweise nie gegeben. [...] Man knüpft hier immer an rein biologische, an die Geschlechtsgegebenheiten an. Jeder Mensch, ob Mann oder Frau, ist biologisch verschieden konstruiert. Es gibt sehr starke und robuste Frauen, und es gibt sehr zarte Männer. Lösen wir uns doch einmal von dieser rein biologischen Betrachtung und betrachten wir diese Dinge unter dem Gesichtspunkt des Individualismus. [...] Es muß jeder da eingesetzt werden, wo er seine natürliche Begabung hat. Es darf keinen Unterschied geben zwischen ganz typisch weiblicher und ganz typisch männlicher Arbeit; das gibt es bei individualistisch gebildeten Menschen nicht.“<sup>10</sup>

Ein zweiter Flügel unter den LDP-Politikerinnen rekurrente hingegen auf den unverzichtbaren Einfluss der „spezifisch weiblichen Eigenschaften“ wie Friedensliebe und Hilfsbereitschaft, um die politische Teilhabe der Frau zu begründen.<sup>11</sup> Erklärte Intention war die Schaffung einer „neuen, besseren Welt“, in der Nationalsozialismus, Krieg und Diktatur nie wieder möglich sein sollten. Einige Politikerinnen und Politiker sprachen im Zusammenhang mit der geforderten Demokratisierung sogar von einer „Mission der Frauen“.<sup>12</sup>

Der Gewinnung von Frauen für die Politik stand jedoch auch ihre Mehrfachbelastung durch Familie, Haushalt und Beruf sowie durch die in Abwesenheit der Männer geleistete Trümmerbeseitigung und die Versorgung weiter Bevölkerungskreise mit Nahrung und Kleidung entgegen. Zugleich speiste sich gerade aus der Bewährung angesichts dieser Belastung das Selbstwertgefühl der Frauen. Mit Blick auf die angestrebte Politisierung und die Erhöhung des Frauenanteils in politischen Ämtern wurde einerseits auf ihre Leistungen beim Aufbau des Landes verwiesen, andererseits die unzureichende Anerkennung dieser Arbeit problematisiert. Die Hinweise auf die Leistungen der Frau-

9 Erika Fischer, Referat auf der ersten Delegiertenkonferenz der Frauenausschüsse in Berlin am 13./14. Juli 1946, ADL, N14-50, S. 178 f.

10 Ella Barowsky, in: Erster Berliner Parteitag des LV Berlin der LDP (wie Anm. 8), S. 71 u. 73. Auf welche Mehrheiten sich die jeweiligen Deutungsperspektiven stützen konnten, kann anhand der Quellenlage nicht geklärt werden.

11 Franziska Pruckner an Thomas Dehler, Brief vom 17.6.1949, ADL N2-3, Bl. 46.

12 Vgl. Magda Schroedter: Die sozialen Nöte der Frau und die LDP, Protokoll der Frauenversammlung der LDP am 6.9.1946, ADL, 11823.

en für das Überleben in Kriegs- und Nachkriegszeit wurden nicht nur mit idealen, sondern auch sehr konkreten materiellen Erwartungen verbunden. So war die bessere Einstufung der Lebensmittelkarten eine Mindestforderung, die von Politikerinnen aller Parteien erhoben wurde, die sich für die Abschaffung der so genannten „Hunger- oder Friedhofskarte“ für Hausfrauen einsetzten.<sup>13</sup>

Katharina von Kardorff-Oheimb, ehemalige DVP-Reichstagsabgeordnete und zunächst Vorsitzende des Frauenausschusses der Berliner LDP, gehörte zu den wenigen Politikerinnen, die eine Lösung des Problems darin sahen, dass Jungen lernen sollten, gleichberechtigt (!) Verantwortung im Haushalt zu tragen.<sup>14</sup> Die meisten FDP-Politikerinnen verlangten indes nur eine zeitliche Entlastung der Frauen, um sie für die politische Arbeit „frei zu machen“. Die gleichberechtigte Aufteilung der Hausarbeit zwischen Männern und Frauen hatten die Liberalen dabei aber genauso wenig im Blick wie die Politiker und Politikerinnen anderer Parteien. Sie gingen bis auf wenige Ausnahmen von einer uneingeschränkten Zuständigkeit der Frauen für Haus- und Familienarbeit aus.

Aufgrund der Erfahrungen der Frauen im Umgang mit Menschen – sei es in der Familie oder in traditionell für Frauen zugänglichen Arbeitsfeldern wie der Wohlfahrts- oder Sozialarbeit – schrieben Politikerinnen aller Parteien den Frauen spezifische soziale Fähigkeiten zu, die sie politisch nutzen sollten. So unterstellten auch Sozial- und Christdemokratinnen das Vorhandensein einer „weiblichen Eigenart“. Die politischen Teilhabeansprüche der Frauen leiteten sie gerade aus der Andersartigkeit von Frau und Mann ab.<sup>15</sup>

In der Forschung wird – wie einleitend erwähnt – von den bilanzierten geschlechtsspezifischen Zuweisungen durch die Nachkriegspolitikerinnen zum Teil auf eine bewusste oder unbewusste Präferenz von Aufgabenfeldern in der Politik geschlossen. Die Ergebnisse einer systematischen Quellenanalyse widersprechen indes der verbreiteten These, dass die Beschäftigung der Politikerinnen mit der bis dahin vernachlässigten Sozialpolitik mit einem Desinteresse an Wirtschafts- und Außenpolitik korrelierte. Obgleich viele FDP-Politikerinnen Unterschiede zwischen Frauen und Männern voraussetzten, die aus unterschiedlicher Erziehung und Alltagswirklichkeit der Frauen resultierten, leiteten sie aus der unterstellten anderen Sichtweise der Frauen keineswegs eine unterschiedliche Aufgabenteilung von Männern und Frauen in der Politik ab. Sogar Politikerinnen, die geschlechtsspezifische Differenzen betonten, sprachen entsprechende Warnungen vor einer Beschränkung auf traditionell

13 Ebd.

14 Vgl. Katharina v. Kardorff-Oheimb: Gedanken zur Politik, ADL, L5-25, Ordner Rundschreiben LV-Berlin 14.8.1946 – 20.12.1950, o.D.

15 Vgl. Annedore Leber: Frauenschulung. In: Genossin Nr. 1, Feb./ März 1948, S. 11; Holz (wie Anm. 7), S. 234.

frauorientierte Ressorts aus.<sup>16</sup> Bereits der Frauenbeirat der FDP der britischen Zone beschloss 1948, dass seine Sprecherin Erika Fischer auf dem Zonenparteitag kein Referat über frauenspezifische oder soziale Fragen halten sollte, „weil damit zu sehr der Eindruck erweckt würde, als ob sich die öffentliche Anteilnahme und Wirksamkeit der Frau auf diesen Gebieten erschöpften“.<sup>17</sup>

Auch die Bundestagsabgeordnete Herta Ilk warnte 1949 im Bundestag vor einer geschlechtsspezifischen Differenzierung von Aufgaben in der Politik. Sie forderte, dass „in allen Ministerien Frauen eingestellt werden sollen, und zwar aufgrund ihrer Fähigkeiten und nicht zur Bearbeitung der Fragen, die die Frauen allein betreffen, denn es gibt keine männliche und keine weibliche Politik und keine Trennung der Geschlechter im ganzen. Hier muß die Persönlichkeit gewertet und auch der Frau gestattet werden, daß sie nicht nur in Frauenfragen, sondern auch in allgemeinen Fragen maßgeblich beteiligt ist.“<sup>18</sup>

Hier zeigt sich das Dilemma der Politikerinnen im zeitlichen Kontext, einerseits die Bedeutung von Frauenfragen als Menschheitsfragen sichtbar zu machen, andererseits ihre Qualifikation für Aufgaben in traditionell männlichen Ressorts wie der Außen- oder Wirtschaftspolitik unter Beweis stellen zu müssen. Die Annahme, dass alle bürgerlichen Politikerinnen nach 1945 das Modell der Geschlechterdifferenz aus der Zeit vor 1933 kritiklos übernommen und so einer Segmentierung der Tätigkeitsfelder Vorschub geleistet hätten, die wiederum das Scheitern des Aufbruchs der Frauen durch ihren Verzicht auf Positionen mit politischer Macht begründete, erweist sich insofern als unpräzise Verallgemeinerung. Die Quellenanalyse stützt vielmehr die These, dass frühzeitig Überlegungen angestellt wurden, wie diese Segmentierung verhindert werden könnte. Da viele Frauen, die nach 1945 liberalen Parteiverbänden beitraten, Wirtschafts- und Finanzwissenschaften studiert hatten, wollten sie diese Ressorts nicht ihren männlichen Kollegen überlassen, sondern wie diese ihre Qualifikation auch an entsprechender Stelle in die politische Arbeit einbringen.

Warnungen vor einer Beschränkung auf „weiche“ Ressorts wurden in der CDU laut Petra Holz erst in den 1970er Jahren von Helga Wex formuliert, die als Vorsitzende der Frauenunion neue Zeichen gesetzt hatte, indem sie forderte,

16 Auch Lüders betonte: „Es gibt keine männliche und keine weibliche Politik, sondern die Politik hat den Menschen schlechthin zum Gegenstand.“ Zitiert nach: Luise Brinkert: Dr. Marie-Elisabeth Lüders zum 75. Geburtstag, in: fdk 42 vom 18.6.1953, S. 4-6, hier S. 5.

17 Vgl. Protokoll der Frauenbeiratssitzung am 28./29.8.1948 in Göttingen, ADL N73-14.

18 Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte. 1. Leg. 1949-1953, Bonn 1949 ff., 20. u. 21. Sitzung, 2.12.1949.

dass sich Frauen nicht nur um Sozial- und Bildungspolitik kümmern sollten, sondern auch um „harte Themen“ wie Wirtschaftspolitik.<sup>19</sup>

Mit Blick auf den Aufbruch der Frauen nach dem Krieg stellt sich aber auch die Frage, ob in der von den Zeitgenossinnen intendierten Sichtbarmachung von Frauenfragen als Menschheitsfragen nicht gerade der andere Beitrag von Frauen zur Demokratisierung gesucht werden muss, statt die Aufwertung von Frauen-, Bildungs- und Sozialpolitik für ein angebliches Scheitern der Frauen verantwortlich zu machen.

### Gleichberechtigung in der FDP zwischen Anspruch und Verwirklichung

Die Veränderung von Machtstrukturen in der Politik zugunsten gleichberechtigter Partizipationsansprüche der Frauen wurde in der FDP theoretisch gerade auch in den ersten Jahren nach dem Krieg von männlichen Parteirepräsentanten bejaht. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als normativer Anspruch war nicht diskutabel. Konflikte entstanden aber angesichts der Frage, ob und wie dieser Anspruch praktisch durch die Partei umgesetzt werden sollte.

Der spätere Parteivorsitzende Franz Blücher bekräftigte 1946 im Zonenvorstand, dass die Gewinnung von Frauen für die Politik dringend notwendig sei.<sup>20</sup> Die Sicherung einer Mindestquote von Frauen in den Parteiorganen galt als selbstverständliches Anliegen. In Vorstände mit mehr als zehn Mitgliedern sollten mindestens zwei Frauen delegiert werden.<sup>21</sup> Als im März 1947 keine Frau in den Vorstand der DPD gewählt worden war, äußerten FDP-Politikerinnen erstmals schärfere Kritik an Gleichberechtigungsdefiziten in der Partei. Die Abkehr von der politischen Alleinherrschaft der Männer galt als Voraussetzung des demokratischen Neuanfangs. So schrieb Margarete Gramberg an Franz Blücher: „Die Zeit der allein männlichen-politischen Betätigung sollte doch mit dem ›tausendjährigen Reich‹ verschwunden sein. Da die Liberale und Freie Demokratische Partei immer wieder die zwingende Notwendigkeit der

19 Während FDP-Frauen oft aus gut situierten Familien kamen, die ihnen eine gute Ausbildung ermöglichen konnten, verlief der Bildungsweg vieler Sozial- und Christdemokratinnen der Nachkriegsgeneration genau entgegengesetzt: Erst der Weg in die Parteipolitik eröffnete ihnen Bildungszugänge. Vgl. Holz (wie Anm. 7), S. 280, 287-300 und Heike Meyer Schoppa: „Zwischen Nebenwiderspruch“ und „revolutionärem Entwurf“: Emanzipatorische Potenziale sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945-1949. Herbolzheim 2004, S. 277.

20 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Zonenvorstands und des Zentralkausschusses vom 16.11.1946. In: Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946-1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Eingeleitet von Lothar Albertin u. bearb. von dems. u. Hans F. W. Gringmuth. Düsseldorf 1995, S. 107.

21 Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Zonenvorstandes (2. Tag) am 20.10.1946, ebd., S. 98 f.

politischen Betätigung der Frauen betont, wäre es notwendig, dies auch in ihrem Vorstand nach aussen hin zu zeigen.”<sup>22</sup>

Aufgrund der damaligen Mehrheit des weiblichen Bevölkerungsanteils in Westdeutschland von rund sieben Millionen wurde angenommen, dass Frauen entscheidenden Einfluss darauf haben würden, ob eine Demokratisierung Deutschlands gelingen würde. Die Hoffnungen der Politikerinnen auf politische Gleichberechtigung richteten sich somit auch auf die ersten Bundestagswahlen.

Als am 14. August 1949 in Westdeutschland nach mehr als 16 Jahren wieder freie politische Wahlen stattfanden, lag die Wahlbeteiligung bei 80 %. Von den insgesamt 410 Abgeordneten waren 28 weiblichen Geschlechts. Zu Beginn der Legislaturperiode betrug ihr Anteil 6,8 %, so dass er unter dem Frauenanteil der Weimarer Nationalversammlung von 8,7 % lag. Für die FDP war zu Beginn der Legislaturperiode keine einzige Frau ins Parlament eingezogen, obgleich sie 11,9 % der Stimmen und 52 Sitze im Bundestag bekommen hatte.<sup>23</sup>

Herta Ilk und Margarete Hütter gelangten aber noch 1949 als Nachruckerinnen in den Bundestag, 1952 folgte Friederike Mulert. Von anfänglichen 0 % hatte sich der Frauenanteil der FDP-Fraktion auf 5,4 % im Jahr 1953 erhöht. Dass der Frauenanteil am Ende der Legislaturperiode höher war als am Anfang, gilt für weitere Wahlperioden und war auch für andere Parteien signifikant. Von der dritten bis zur siebten Wahlperiode zeichnete sich sogar eine rückläufige Tendenz der Frauenanteile in den Fraktionen ab, die auch in der Benachteiligung der Frauen bei der Nominierung für sichere Listenplätze und Wahlkreise begründet lag.<sup>24</sup>

In parlamentarischen Ämtern waren Frauen kaum vertreten: In den Bundestagsausschüssen, in denen parlamentarische Entscheidungen maßgeblich vorbereitet werden, stellten Frauen nur 10 % der Mitglieder (1951). Bevor Liselotte Funcke in der 7. Wahlperiode Vorsitzende des Finanzausschusses wurde, waren weibliche Abgeordnete als Vorsitzende nur in Ausschüssen mit „sozialer“ Thematik zu finden.

Die auf die Spitzen der Exekutive fokussierten Medien nahmen weder von diesen Gremien noch von den vorparlamentarischen frauenpolitischen Aktivitäten besondere Notiz. Die These der durch die Frauenbewegung der 1970er Jahre geprägten Frauenforschung, nach 1949 habe eine „frauenpolitische Flau-te“ geherrscht, da es keine wirksame Vertretung von Fraueninteressen in der Parteipolitik gegeben habe, war vermutlich auch ein Ergebnis des Ignorierens

22 Margarete Gramberg an Franz Blücher, Brief vom 26.3.1947, ADL, FDP der britischen Zone, Akte Nr. 13.

23 Vgl. Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestags 1949-1999 Bd. 1, bearb. v. Peter Schindler, Baden-Baden 1999., S. 634 ff.

24 Vgl. Heide-Marie Lauterer: Parlamentarierinnen in Deutschland 1918/19-1949. Königstein/Taunus 2002, S. 370.

der Frauenpolitik durch die Berichterstattung der Medien, die in der älteren Forschung kaum reflektiert wurde.<sup>25</sup>

In den FDP-Fraktionen der Landtage gab es häufig nur eine Frau oder gar keine. Ein Anteil von mehr als zwei weiblichen Fraktionsmitgliedern bildete eine absolute Ausnahme.<sup>26</sup> In Rheinland-Pfalz gehörte von 1947 bis in die 1990er Jahre hinein keine Frau der FDP-Fraktion an. In Schleswig-Holstein gab es bis 1958 keine Frau in der liberalen Fraktion. Und in Bayern war von 1950 bis 1966 mit Hildegard Brücher nur eine einzige liberale Frau im Landtag vertreten.

Nie waren mehr als vier Frauen in der Ära Adenauer in den jeweiligen FDP-Fraktionen vertreten. Dies geschah etwa 1950, als vier Frauen in den Landtag von Nordrhein-Westfalen einziehen konnten. Dieser „Frauenrekord“ war jedoch ein Zufallsergebnis. Nachdem die FDP 1947 hier nur 12 Mandate erhalten hatte, gelangte mit Lotte Friese-Korn eine Frau in den Landtag. Da die 1950 erfolgte Erhöhung auf mehr als das Doppelte nicht erwartet worden war, konnten mit Lotte Friese-Korn, Lina Buscham, Cläre Bläser und Liselotte Funcke vier Frauen in den Landtag einziehen, von denen drei auf unsicheren Listenplätzen aufgestellt worden waren. Die Vermutung, dass der hohe Frauenanteil von 1950 nicht intendiert worden war, kann durch das Wahlergebnis von 1954 gestützt werden: Die FDP erhielt nur ein Mandat weniger als in der vorangegangenen Legislaturperiode. Da nun aber ein hohes Wahlergebnis einkalkuliert worden war, gelangte mit Liselotte Funcke wieder nur eine Frau in die Fraktion.

In den Landesregierungen, an denen die FDP häufig beteiligt war, finden sich bis 1963 nur zwei Ministerinnen. Die erste war Marie-Elisabeth Lüders, die der West-Berliner Landesregierung von 1949 bis 1951 angehörte. Die Hamburger Abgeordnete Emilie Kiep-Altenloh war mit ihrer siebenjährigen Amtszeit von 1954 bis 1961 am längsten FDP-Landesministerin.

„Wollten die Männer unter sich sein?“<sup>27</sup>

Nach den Bundestagswahlen 1949 konstatierte die Vorsitzende des Frauenbeirats der FDP, Hanna Katz, enttäuscht, dass die quantitative Überlegenheit der Frauen nicht zu der erhofften Gleichberechtigung geführt habe. Überschrift

25 Vgl. Uta Schwarz: Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren. Frankfurt a.M. 2002, S. 376.

26 Vgl. hierzu und im Folgenden die Übersicht in Liselotte Funcke (Hrsg.): Frei sein, um andere frei zu machen: Die Liberalen. Stuttgart 1984, S. 300 f.; Kerstin Weinbach: Frauenbeteiligung und Frauенpolitik in der FDP. Bedingungen, Errungenschaften und Grenzen eines randständigen Politikfeldes der liberalen Partei (unveröff. Diplomarbeit), Marburg 1992.

27 Hanna Katz: Wollten die Männer unter sich sein?, in: ADL A5-3, Bl. 74ff.

und leitende Frage ihrer Wahlbetrachtung deuten an, dass sie die geringe Präsenz von Frauen in Partei und Parlament primär auf Widerstände der Männer gegen eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zurückführte. Der Hinweis auf die politische Ausgrenzung der Frauen im Nationalsozialismus und ihre Folgen bildete auch bei Hanna Katz die argumentative Basis für die Forderung nach Gleichberechtigung:

„Es wäre tief bedauerlich, und zwar nicht nur für uns Frauen, sondern für das Wohl unseres ganzen Volkes, wenn man eine wirkliche Tendenz dahingehend feststellte, daß die Männer bei der Lenkung unserer Geschicke unter sich sein wollen und die Frauen gewissermaßen ›draußen vor der Tür‹ ließen. Diese Tendenz müßte uns nachdenklich stimmen, denn wir Frauen haben es noch nicht vergessen, daß uns das ›Dritte Reich‹ zu den politisch Unmündigen gestempelt hatte, und wir sind der Meinung, daß das Fehlen des politischen Einflusses der Frauen gerade im ›Dritten Reich‹ sich so verhängnisvoll ausgewirkt hat.“<sup>28</sup>

Da die FDP als einzige der größeren Parteien zu Beginn der Legislaturperiode keine Frau in den Bundestag entsandt hatte, und Herta Ilk ebenso wie Margarete Hütter 1949 lediglich durch Nachrücken nach dem Ausscheiden zweier männlicher Abgeordneter in das Parlament gelangt waren, appellierte Katz gerade auch an die Männer der eigenen Partei, die Gleichberechtigung der Frauen in der Praxis anzuerkennen. Sie wandte sich entschieden gegen die Annahme, dass es keine qualifizierten Frauen gegeben habe, die sich für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt hätten. Da die Wahlausschüsse fast ausschließlich von Männern besetzt seien, gelinge es Frauen aber kaum, sich bei den Abstimmungen durchzusetzen.

Auch die Frauenausschüsse der einzelnen FDP-Landesverbände übten nach der Bundestagswahl Kritik an den politischen Gleichberechtigungsdefiziten in der FDP. Exemplarisch ist das Rundschreiben des Frauenausschusses in Nordrhein-Westfalen, das sich in Ton und Inhalt deutlich von anderen Äußerungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit unterscheidet:

„Unser allverehrter Bundespräsident Heuss hat seiner ersten Rede den Wahlspruch gegeben: ›Gerechtigkeit erhöhet ein Volk.‹ Von dieser Gerechtigkeit ist in unserer Partei sehr wenig zu verspüren. Nach der Bundestagswahl, die das für die Partei beschämende Ergebnis brachte, daß in einer Fraktion von 52 Mitgliedern nur zwei Frauen vertreten sind, und diese zwei Frauen nur einem günstigen Zufall ihre Mitgliedschaft im Bundestag zu verdanken haben, sind wir Frauen von Nordrhein-Westfalen bemüht gewesen, immer wieder auf die Unhaltbarkeit dieses Zustandes hinzuweisen. [...] Meine Herren, wenn in ihren Reihen die Äusserung fällt: ›Im höchsten Fall drei‹, so bedeutet das, ›am liebsten keine‹ und ist ein absolutes Verkennen der Lage, sowohl was die pro-

28 Ebd., Bl. 74.

zentuale Beteiligung der Frauen an der Wahl, als auch was ihre Leistung in der Partei anbetrifft. Es gehört schon viel Idealismus und ein in tiefster Seele durchdrungen sein vom liberalen Gedankengut dazu, um angesichts dieser so ungerechten Einstellung uns gegenüber nicht den Mut zu verlieren.”<sup>29</sup>

Bereits nach der konstituierenden Sitzung des Frauenbeirats beantragte Hanna Katz auf der Sitzung des Bundesvorstands am 19.11.1949 die Aufnahme eines Passus in die Satzung, der die Partei verpflichten sollte, eine obligatorische Anzahl von Frauen als Kandidatinnen aufzustellen. Die Aufnahme einer Quotenregelung scheiterte jedoch am Widerstand der anderen Vorstandsmitglieder. Für ihre Ablehnung ist im Protokoll der Sitzung keine Begründung angegeben. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Friedrich Middelhauve stellte lediglich fest, die Festlegung einer Frauenquote durch die Satzung sei unmöglich.<sup>30</sup>

Der Jahresbericht der Frauenreferentin von 1951 dokumentiert, dass Gleichberechtigungsdefizite inzwischen nicht mehr nur auf die politische Unerfahrenheit der Frauen zurückgeführt wurden, sondern auch auf Bildungsdefizite der Männer in der Gleichstellungspolitik. Da einige Männer die Notwendigkeit der Frauenausschüsse immer wieder anzweifelten, sah sie sich veranlasst, ihre Parteikollegen über die Intentionen der Frauenarbeit aufzuklären:

„Solange Frauen nicht in größerer Anzahl zu allen Tagungen delegiert werden, solange ihnen nur ausnahmsweise ein Platz auf den Listen zu Parlamentswahlen eingeräumt wird, solange die Meinung besteht, daß das eigentliche Arbeitsgebiet der Frauen sich auf Wohlfahrts- und soziale Fragen beschränken müsse, [ist] die Beibehaltung von Frauenausschüssen absolut notwendig.“<sup>31</sup>

Auf der Frauentagung im Juli 1951 zu dem Thema „Die Frau im politischen Leben“ gaben die konstatierten Bildungsdefizite der Männer Anlass zu der Forderung, dass Aufklärungsarbeit im Rahmen von größeren Parteiversammlungen stattfinden sollte, um Parteikollegen mit den Anliegen der Frauenarbeit vertraut zu machen.<sup>32</sup> Die Frauen verabschiedeten außerdem eine Resolution mit der Forderung, dass Gesetze in einem paritätischen Verhältnis von weiblichen und männlichen Abgeordneten zu beschließen seien, da die intendierte Partnerschaft in der Politik ohne eine Erhöhung des Frauenanteils in den Par-

29 Schreiben des FDP-Frauenausschusses NRW vom 8.6.1950, Landesarchiv NRW Abt. Rheinland, Duisburg, RWV-49, 508, Bl. 168 f.

30 Vgl. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949-1954. Engel. u. bearb. von Udo Wengst. 1. Halbbd. Düsseldorf 1990, S. 66 f.

31 Jahresbericht des Ausschusses für Frauenfragen in der FDP, ADL A5-3, Bl. 71 f., hier Bl. 72.

32 Vgl. Marie-Elisabeth Lüders: Die Frau im politischen Leben. Referat, 14.7.1951, ADL A5-3, Bl. 10-12, hier Bl. 11.

lamenten nicht möglich sei.<sup>33</sup> Als Hauptaufgabe der Frauen in der Politik wurde die Interessenwahrnehmung für Frauen bezeichnet, da Frauenpolitik von Männern oft als nebensächlich erklärt werde. Der Einsatz für Frauenfragen sei für weibliche Abgeordnete daher eine moralische Verpflichtung.<sup>34</sup>

Auf der Frauentagung am 20./21.9.1952 kam es zu einer offenen Konfrontation zwischen Frauenorganisation und Parteileitung. Zunächst wies die Vorsitzende des Frauenausschusses, Lina Buscham, die Behauptung, dass sich angeblich nicht genügend qualifizierte Frauen für Ämter und Mandate zur Verfügung stellten, als einen typischen Einwand gegen die Forderung nach mehr Frauenrepräsentanz zurück. Sie führte an, dass die geringe Zahl von Frauen in parteipolitischen Positionen durch das frauenfeindliche Verhalten männlicher Parteiangehöriger bedingt sei.<sup>35</sup> Der Einsatz von Frauen werde sogar in einigen Fällen „glatt abgelehnt“. Da für die Gewinnung der Frauen zur Mitarbeit auch die Aufstellung von Frauen als Kandidatinnen nötig sei, forderte sie die entsprechende Förderung von Frauen. Auch die Frauenreferentin Luise Brinkert monierte, dass Frauen kaum offiziell in einen Parteiausschuss delegiert würden, aber häufig freiwillige Arbeit leisteten, die weder ideell noch finanziell anerkannt würde. Herta Ilk ergänzte, dass die Leistungen der Frauen nach anderen Maßstäben beurteilt würden als die der Männer.<sup>36</sup> Die an den Parteivorsitzenden gerichtete rhetorische Frage, ob er die Frau als vollwertige Partnerin oder lediglich vor den Wahlen als notwendiges Übel betrachte, deutet ebenfalls auf ein gewachsenes Kritikbewusstsein der Frauen hin. Franz Blücher blieb jedoch bei der Aussage, dass die Frauen mehr leisten müssten. Ein Lösungsangebot zum angesprochenen Problem der unterschiedlichen Beurteilung der Leistung von Frauen und Männern blieb er schuldig.<sup>37</sup>

Im Vorfeld der Bundestagswahlen formulierten die Frauen in der Sitzung am 17.4.1953 eine Entschließung, in der erneut der Anspruch auf angemessene Berücksichtigung von Frauen auf den Wahllisten gefordert wurde: „Die Frauen der FDP haben seit acht Jahren einen stillen und zähen Kampf um ihre tatsächliche Anerkennung und ihre gleichberechtigte Mitarbeit, auch in den führenden Gremien der Partei, geführt, dem leider in dieser ganzen Zeit der Erfolg versagt blieb. [...] Es erscheint ihnen auf Dauer untragbar und unter ihrer Würde, immer erneut beiseite geschoben und oder auf aussichtslose Plätze dieser Liste geschoben zu werden.“<sup>38</sup>

33 Protokoll über die Tagung des Frauenausschusses am 14. Juli 1951 in Königstein, ebd., Bl. 5 ff. sowie Luise Brinkert: Gehört die Frau in die Politik und in die Parlamente? In: fdk, 51 v. 1.8.1951, S. 6 ff.

34 Vgl. Protokoll 14.7.1951 (wie Anm. 33), Bl. 6.

35 Vgl. Protokoll der Frauenausschuss-Sitzung in Bad Honnef am 20./21.9.1952, ADL A5-1, Bl. 23-33, hier Bl. 25 r.

36 Ebd., Bl. 26 r.

37 Ebd., Bl. 26.

38 Siehe Protokoll von der Bfa-Sitzung am 17.4.1953, ADL A5-4, Bl. 18.

Da andere Verbände Vertreter auf den Listen zugestanden bekämen, forderte der Frauenausschuss „die Aufstellung einer angemessenen Zahl von Kandidatinnen auf allen Listen, von denen die erste Bewerberin jeweils mindestens an vierter Stelle auf der Liste rangiert“.<sup>39</sup>

Während einige Frauenausschüsse sich darauf beschränkten, eine bessere Platzierung der Frauen auf den Wahllisten zu verlangen, findet sich bei anderen die Forderung nach einer Frauenquote. Der Kreisverband Dachau sprach sich zum Beispiel auf Veranlassung der Kreisfrauengruppe in Schreiben an die Bundestagsfraktion und die bayerische Landtagsfraktion für die Bestimmung eines festen Prozentsatzes aus, nach dem „mindestens 25% der zur Nominierung zugelassenen Kandidaten Frauen sein müssen“ [H.i.O.].<sup>40</sup> Da sich anlässlich der bevorstehenden Wahlen bereits abzeichne, dass wieder nur männliche Kandidaten nominiert werden würden, sei diese selbstbindende Maßnahme die einzige Möglichkeit, eine gleichberechtigte Partizipation der Frauen in den Parlamenten zu erreichen.

In den 1950er Jahren forderte der Bundesfrauenausschuss immer wieder eine angemessene Berücksichtigung der Frauen und ging dabei häufig sogar soweit, dass ein Anspruch auf einen festgelegten Anteil der zu vergebenden Positionen eingefordert wurde. So richtete der Bundesfrauenausschuss am 15.6.1953 einen Antrag an den Bundeshauptausschuss, in dem die Aufnahme einer Regelung in die Bundessatzung angeregt wurde, dass unter den Delegierten der Landesverbände zu Bundesparteitagen und Bundeshauptausschusssitzungen mindestens eine Frau sein müsse. Diese satzungsmäßige Verpflichtung sei notwendig, da zahlreiche diesbezügliche Anträge und Entschließungen nicht beachtet worden seien.<sup>41</sup>

Statt diese Anträge zu berücksichtigen, schaffte die Partei im neuen Satzungsentwurf auch die in § 11 der Satzung enthaltene Bestimmung ab, nach der mindestens eine Frau in den Vorstand entsandt werden musste. In der auf dem Bundesparteitag 1954 verabschiedeten Satzung wurde auf diese Bestimmung verzichtet und lediglich in § 16 fixiert, dass die Vorsitzenden des Bundesfrauenausschusses – wie die Vorsitzenden der Fachausschüsse – das Recht haben, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Bundeshauptausschusses teilzunehmen. Die Verpflichtung, mindestens einen Repräsentanten der Jugendlichen in den Vorstand zu wählen, blieb mit der Begründung erhalten, hiermit müsse jungen Leuten, die in der Partei noch unbekannt seien, der Einstieg erleichtert werden. Dagegen sei die „Mindestquote“, die eher als ein „Alibi-Posten“ bezeichnet werden könne, für Frauen eine unnötige und unzu-

39 Ebd.

40 Vgl. ADL N2-6, Bl. 30.

41 Vgl. Schreiben des Bfa an den Bundeshauptausschuss vom 15.6.1953, ADL A5-4, Bl. 74.

lässige Bevorzugung. Sie könnten und sollten mit Männern gleichberechtigt um Ämter konkurrieren.<sup>42</sup>

Mit Beschluss des Bundesvorstandes, keine Gruppenvertretungen mehr zuzulassen, war bereits 1952 die Praxis abgeschafft worden, Frauen in den Bundeshauptausschuss zu kooptieren. Auf der Sitzung des Bundesvorstandes im September 1952 waren die Konsequenzen dieser Änderung Gegenstand eines Konfliktes: Während der bayerische Landesvorsitzende der FDP, Otto Bezold, die These vertrat, dass die Frauen stark genug sein müssten, aufgrund ihrer „Tüchtigkeit“ in den Hauptausschuss gewählt zu werden, parierte Herta Ilk: „Ich rede nicht von der Stärke der Frau, sondern von der Schwäche der Männer. Es hat schon viele präzise Fälle gegeben, wo die Männer nicht die Frauen wählten, die für die Arbeit qualifiziert sind.“<sup>43</sup>

Herta Ilk konnte ihre Kollegen nicht überzeugen und wurde überstimmt. Middelhauve stimmte Ilk zwar zu, dass der Zeitpunkt für den Wegfall der Kooptation verfrüh sei, aber der Mehrheitsmeinung der Männer im Vorstand müsse Rechnung getragen werden.<sup>44</sup>

Die geplante Abschaffung eines für eine Frau reservierten Vorstandspostens stieß auf massiven Widerstand der Landesfrauenausschüsse. Bereits am 22.5.1953 wandte sich der Landesfrauenausschuss Hamburg mit einem Schreiben an den Satzungsausschuss, um die Benachteiligung der Frauen gegenüber den Vertretern des Liberalen Studentenbundes und der Jungdemokraten zu kritisieren: „Es liegt auf der Hand, daß die Arbeitsfreude unserer Frauen in dem Maße abnehmen wird, als sie sich durch die Bundespartei zurückgesetzt glauben müssen. In dieser Überzeugung sind sie auch nicht zu erschüttern durch den Hinweis, daß sie genau wie die Männer die Möglichkeit haben, sich über die Stufenleiter der Partei bis in die höchsten Gliederungen hinaufzuarbeiten. Dasselbe trifft auch für die Jungdemokraten und den Liberalen Studentenbund zu, und doch soll ihnen ein Sonderrecht gegeben werden.“<sup>45</sup>

Ferner wurde angeführt, dass die Frauenvertreterinnen die unverzichtbare Aufgabe zu erfüllen hätten, die Arbeit der Frauenausschüsse in der Gesamt-

42 Vgl. Satzung der FDP, beschlossen auf dem 5. ordentlichen Parteitag der FDP in Wiesbaden 1954. Schon Gabriele Bremme beurteilte den Zeitpunkt für den Fortfall der Satzungsbestimmung als verfrüh. Vgl. Gabriele Bremme: Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956, S. 196.

43 Vgl. Die Liberalen unter dem Vorsitz (wie Anm. 30), S. 458.

44 Ebd., S. 459.

45 Schreiben des Landesfrauenausschusses Hamburg vom 22.5.1953, ADL N2-6, Bl. 90.

partei sichtbar zu machen. Die Kritik der Frauenausschüsse blieb jedoch ohne feststellbare Wirkung.<sup>46</sup>

### „Freie Bahn der Tüchtigen“?

Neben den Frauenausschüssen setzten sich auch einzelne FDP-Politikerinnen wie Hildegard Brücher seit Beginn der 1950er Jahre kritisch mit der geschlechtsspezifischen Ungleichbehandlung in der Wahrnehmung und Akzeptanz von Politikerinnen im parlamentarischen Alltag auseinander. So monierte Brücher, dass es an einer „gewissen Selbstverständlichkeit der ›Frau Abgeordneten‹“ gegenüber fehle: „Immer noch wird sie um ein Vielfaches kritischer unter die Lupe genommen, ein unüberlegtes Wort von ihr wiegt schwerer und ist eher der Lächerlichkeit preisgegeben als das eines männlichen Abgeordneten. Sie ist und bleibt ein mehr oder weniger geduldeter Außenseiter.“<sup>47</sup>

Marie-Elisabeth Lüders formulierte ihre Kritik wesentlich radikaler, indem sie beanstandete, dass Frauen nur in Krisensituationen zur politischen Partizipation motiviert werden würden. Die Motive der Männer, Frauen in die offizielle politische Arbeit einzubinden, seien nach ihrer Erfahrung fragwürdig. So werde lediglich vor den Wahlen an Frauen appelliert, ihre Stimme abzugeben und Wahlhilfe für die Männer zu leisten, während es in anderen Situationen abgelehnt werde, Frauen als politische Subjekte zu behandeln.<sup>48</sup> Sie forderte die Frauen auf, es sich abzugewöhnen, Männern immer Wahlkampfhilfe zu leisten. Am Beispiel der Kandidatenaufstellung verwies sie auf Verhinderungsmechanismen einer faktischen Machtbeteiligung von Frauen: „Die Kandidatenlisten weisen entweder überhaupt keine Frauen auf, oder – was im Effekt dasselbe ist – an aussichtslosen Plätzen, auf denen sie ›aus Liebe zur Sache‹ den Kollegen zum Mandat verhelfen sollen. Das ist auch so, wenn man ihnen ›beste Kräfte‹ nachweisen kann. Aber Parteien und Behörden legen keinen Wert auf ›beste Kräfte‹, wenn diese Frauen sind. Warum wohl? [...] Es fällt doch einigermaßen auf, daß hohe Dienststellen, wie zum Beispiel das Bundeskanzleramt, immer noch für Frauen ›Fehlanzeige‹ erstatten müssen.“<sup>49</sup>

46 Kritik an der Satzungsänderung übte auch der Landesfrauenausschuss Nordrhein-Westfalen am 5.11.1953. Bläser und Lüders stellten in Frage, dass es nur eine Persönlichkeits- und Leistungsfrage sei, ob Frauen sich in der Partei durchsetzen. Vgl. Protokoll des Landesfrauenausschusses NRW von der Sitzung am 5.11.1953, Bundesarchiv Koblenz (demn. BA), N-1151, Akte 103.

47 Hildegard Brücher: Freie Bahn der Tüchtigen?. In: Der Wähler, 3. Jg. 1952, H. 3, S. 104.

48 Marie-Elisabeth Lüders: Du und der Staat, Citizenship Training Courses, Vortrag vom 16.8.1951, BA N-1151, Akte 238, S. 6.

49 Marie-Elisabeth Lüders: Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben, Artikel im Wiesbadener Tageblatt vom 23./24.5.1954, BA N-1151, Akte 238.

Sie bilanzierte, dass die Ausgrenzung von Frauen in allen Parteiinstanzen und Behörden, unterstützt durch Interessenvertreter aller Art, zu finden sei. Einer ständigen Zunahme männlicher höherer Ministerialbeamter stehe die wachsende Anzahl weiblicher Angestellter gegenüber, die trotz gleicher Leistung und Erfahrung nicht die gleichen Aufstiegschancen hätten.

Lüders wie auch Brücher hofften auf eine langfristige Veränderung der kritisierten Gleichberechtigungsdefizite durch Bildung und Erziehung. Die Gleichstellung der Frauen sollte dabei aber keinesfalls mit einer Nachahmung der Männer verbunden sein und zu einer Anpassung an männliche Formen führen, sondern die Voraussetzung bilden für die freie weibliche Persönlichkeitsentfaltung, die anderen Gesetzen gehorche als die männliche. Lüders schrieb Frauen nicht nur ein anderes Politikverständnis zu, sondern plädierte auch dafür, dieses auf Männer zu übertragen. Die von ihr intendierte Aufhebung von häuslicher und politischer Sphäre verband sich mit der Vision einer Politik, in der Frauen und Männer menschenorientiert statt sachorientiert handeln sollten.<sup>50</sup>

#### Die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Programmarbeit der FDP-Politikerinnen

Unabhängig von der Annahme biologischer und erziehungsbedingter Differenzen zwischen den Geschlechtern behandelten FDP-Frauen das Recht der Frau auf politische Gleichheit als Grundbestandteil des Liberalismus und der Menschenrechte. So bilanzierten Marie-Elisabeth Lüders und Ella Barowsky 1950 in einem Schreiben an den Frauenbeirat: „Die zu Unrecht geringschätzig betrachtete sogenannte Emanzipation der Frau [gehört] gerade zum liberalen Gedankengut.“<sup>51</sup>

Prägend für das politische Selbstverständnis der FDP-Frauen war das Zugehörigkeitsgefühl zur Frauenbewegung, deren Frauenrechtsfordernungen als Menschenrechtsfordernungen begriffen wurden.<sup>52</sup> Die Verwirklichung elementarer Menschenrechte, zu denen auch die Persönlichkeitsrechte der Frauen gehörten, sei für Frauen und Männer unabdingbar, denn: „Noch so perfekt kodifiziertes Recht bleibt toter Buchstabe, wenn es nicht in Gerechtigkeit angewendet wird. Jedes mindere Recht für eine Gruppe trifft auch alle ande-

50 Vgl. Lüders, Du und der Staat (wie Anm. 48).

51 Vgl. Schreiben von Marie-Elisabeth Lüders und Ella Barowsky vom 1.3.1950 an den Frauenbeirat der FDP, ADL A5-3, Bl. 96-99, hier Bl. 98.

52 Marie-Elisabeth Lüders bezeichnete Frauenrechtlerinnen als „Menschheitsrechtlerinnen“, in: „Der Weg der Frau zur Selbstentfaltung“, Ansprache auf einer Veranstaltung des Deutschen Frauenrings am 10.4.1953, BA N-1151, Akte 238.

ren.”<sup>53</sup> Die Einforderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann als Menschenrecht findet sich auch in den Programmentwürfen der Frauenorganisation. Anders als in den Programmen der Gesamtpartei wird in den Aussagen der Frauenorganisation der Begriff des Liberalismus definiert und dabei explizit auf die intendierte Gleichstellung von Frau und Mann bezogen. So heißt es in der Programmerklärung des Bundesfrauenausschusses vom 5.7.1952, die in Ergänzung zum Sozialprogramm der FDP formuliert wurde:

„Der Liberalismus basiert auf der absoluten Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz. Er ist grundsätzlicher Gegner einer sozialen Ordnung, in der Frauen und Männer nicht die gleichen Rechte und die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten haben. Deshalb wünscht unsere Partei die Frauen endgültig von allen Verboten, Bindungen und Nachteilen zu befreien, unter denen sie durch veraltete Traditionen noch leiden. Wir halten es für richtig und notwendig, daß die Frau, sowohl die ledige als auch die verheiratete, eine volle staatsbürgerliche Persönlichkeit bedeutet, genau wie der Mann. Die Anwendung dieses Prinzips erfordert in der Gesetzgebung eine grundlegende Reform. Die liberale Auffassung hat notwendigerweise die Abschaffung der Vorherrschaft des Mannes zur Folge. [...] Es ist nur recht und billig, dass alle Berufe und Karrieren den Frauen je nach ihrer Begabung und Leistung offenstehen. [...] Wir verlangen endlich eine größere Beteiligung der Frauen sowohl in den Parlamenten, in den Verwaltungen als auch in den wirtschaftlichen Gremien.“<sup>54</sup>

Die 1952 programmatisch fixierten Frauenrechtsforderungen blieben Ausdruck einer Minderheit in der FDP. Sie fanden keinen Eingang in die Programmatik der Gesamtpartei. Denn entweder wurden Frauen- und Gleichberechtigungsfragen von männlichen Politikern gar nicht angesprochen oder in einigen Fällen sogar explizit als nebensächlich erklärt. Auch für die Frauenpolitik der FDP im „theoriearmen Jahrzehnt der Liberalen“ scheint zu gelten: „Die konzeptionellen Vorgriffe standen gleichsam zur Disposition für eine Phase, in der sich die parteipolitische Kräftekonstellation und das öffentliche Meinungsklima veränderten, das heißt, für das vielzitierte ›Ende der Ära Adenauer.‘“<sup>55</sup>

## Strategiekonflikte

Da das Recht der Frauen zur politischen Mitarbeit in der eigenen Partei zwar prinzipiell anerkannt, praktisch aber nicht verwirklicht wurde, fand auf einer Frauentagung im Vorfeld der Bundestagswahl 1953 eine ausführliche Diskus-

53 Marie-Elisabeth Lüders: Die Stellung der Frau im öffentlichen Leben (wie Anm. 49).

54 Gedanken zu einem Parteiprogramm der FDP, datiert auf 6.7.1952, ADL 5-1, Bl. 68-83, hier Bl. 80 r-81 v ohne Berücksichtigung der handschriftlichen Korrekturen.

55 Lothar Albertin: Das theoriearme Jahrzehnt der Liberalen. In: Arnold Sywottek/Axel Schildt (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Bonn 1998, S. 659-676, hier S. 676.

sion über die Strategien zur Verwirklichung der politischen (primär der innerparteilichen) Gleichstellung von Frau und Mann und ihrer möglichen Veränderung statt.

Das Ziel der Frauenorganisation, „diese reine Männerpartei in eine Menschenpartei zu verwandeln“<sup>56</sup> war unter den Frauen nicht umstritten. Konflikte zwischen Politikerinnen der Weimarer und der jungen Nachkriegsgeneration entstanden indes bei der Frage, wie dieses Ziel erreicht werden sollte. Angesichts der konstatierten Wirkungslosigkeit der immer wieder vorgebrachten Forderungen, die Frauen bei der Vergabe von Ämtern und Mandaten angemessen zu berücksichtigen, sprach sich ein Großteil der Frauen für eine veränderte Vorgehensweise aus.<sup>57</sup> Da die Anträge der Frauenausschüsse unbeachtet in den Papierkorb wanderten, sollten die Frauen zur Methode der Erpressung greifen und die Einstellung ihrer Arbeit androhen. Der Vorstand müsse unter Druck gesetzt werden, falls sich die Landesverbände nicht verpflichteten, Frauen an aussichtsreicher Stelle zu platzieren. Als ein Mittel, Druck auszuüben, wurde die Drohung betrachtet, die Werbetätigkeit für die Partei einzustellen.<sup>58</sup>

Da lediglich einige „Konzessionsfrauen“ in Kauf genommen werden würden und Frauen auf den Listen „an die erste unsichere Stelle“ kämen, verlangte die Landtagsabgeordnete Cläre Bläser von der Parteispitze, sich verbindlich für Frauenförderung einzusetzen, damit endlich mehr Frauen nachwachsen könnten. Es sei an der Zeit, „rückhaltlos für die Gleichberechtigung zu kämpfen“.<sup>59</sup>

Gegen die Methode des „offenen Kampfes“ sprach sich explizit die 1918 geborene Liselotte Funcke aus, die eine Frontenbildung zwischen Männern und Frauen vermeiden wollte: „Wir wollen doch nicht zwei Gruppen bilden. Gibt es denn nicht eine andere Methode? [...] Ich will nur warnen, denn ich möchte die Zusammenarbeit. Wir sind als Mitarbeiterinnen geschätzt. Ein falscher Weg wäre es, zur Erpressung zu greifen. [...] Wir können ja die Drohungen nicht durchführen. Gegen eine offene Kampfansage wende ich mich.“<sup>60</sup>

Sie begründete ihren Standpunkt mit dem Argument, dass der „Kampfgeist der früheren Generation“ nicht mehr angemessen sei. Auf den im Vergleich zu Weimar veränderten Kontext müsse mit anderen Strategien reagiert werden. Rückblickend erinnerte sie sich: „Da war einfach eine Zäsur. Es war ja nicht so, dass man einfach da wieder anknüpfen konnte, wo man 1933 aufgehört hatte. [...] Die Erfahrungen der Kriegsgeneration konnte man nicht einfach

56 Vgl. Protokoll der Bundesfrauenausschuss-Sitzung in Bonn am 16./17.4.1953, ADL A5-5, Bl. 40-52, hier Bl. 47 v.

57 Vgl. ebd., Bl. 46 v.

58 Ebd.

59 Vgl. ebd., Bl. 45 v (Bläser).

60 Ebd., Bl. 46 r u. 47 v (Funcke).

unberücksichtigt lassen. Und dazu gehörte auch eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern.“<sup>61</sup>

Während Funcke glaubte, die Gleichberechtigung nur zusammen mit Männern erreichen zu können, setzte sich Lüders dafür ein, dass die Frauen ihre Arbeit für die Partei einstellen sollten.<sup>62</sup> Lüders Aussagen glichen ihrer Argumentation vor 1933 bis zur größtmöglichen Austauschbarkeit. So hatte sie schon 1930 ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DDP niedergelegt, um die Partei zu zwingen, die Interessen von Frauen stärker zu vertreten.<sup>63</sup> Dies war zumindest insofern wirkungslos geblieben, als der Rückgang weiblicher Kandidatinnen nicht aufgehalten werden konnte.

Auch in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit blieb die Drohung folgenlos. Zwei Vorsitzende des Frauenausschusses – Hanna Katz und Lina Buscham – traten unter Protest zurück, ohne dass die Parteiführung reagierte.

### Die Idee der „freien Konkurrenz“ von Mann und Frau – Ein Ausblick

Mitte der 1960er Jahre wurden die Frauenausschüsse im Zuge der „Modernisierung“ der Partei durch Beschluss des Bundesvorstands aufgelöst. Eine Sonderbehandlung von Frauen, so lautete die Begründung, verstoße gegen den „liberalen Grundsatz der uneingeschränkten Zusammenarbeit von Frau und Mann“.<sup>64</sup> Von der Prämisse ausgehend, dass Frauen prinzipiell „gleichberechtigt“ seien, wurde beschlossen, dass sie „frei“, ohne „einseitige“ Fördermaßnahmen „gegen“ die Männer, um Ämter und Mandate konkurrieren sollten, da nur die Qualifikation für das Erlangen einer Funktion ausschlaggebend sein sollte.

Liselotte Funcke erklärte indes rückblickend im Interview, dass der Frauenausschuss gegen den Willen der Frauen aufgelöst worden sei: „Wir Frauen haben uns nicht aufgelöst. Nein, das kam vom Vorstand. [...] Wir haben uns auch durchaus weiter bemüht, die wichtigen Entscheidungen an den Mann zu bringen. Richtig, in diesem Fall: >an den Mann zu bringen.„<sup>65</sup>

Hier klingt an, dass der Begriff der „Liberalität“ von den Politikerinnen anders interpretiert wurde als von den männlichen Kollegen. Laut Funcke

61 Transkript des Interviews mit Liselotte Funcke am 7.4.1999 in Hagen, S. 3.

62 Protokoll 16./17.4.1953 (wie Anm. 56), Bl. 47 (Lüders).

63 Vgl. Marie-Elisabeth Lüders an Erich Koch-Weser, Brief vom 29.7.1930, BA 1151, Akte 142.

64 Vgl. hierzu und im Folgenden Friedrich Henning: Der Beitrag der Frauen zur Politik der F.D.P. von 1945 bis heute, in: Funcke (Hrsg.) (wie Anm. 26), S. 133.

65 S. Transkript Funcke (wie Anm. 61), S. 34 f. Henning zieht die Möglichkeit, dass die Auflösung der Frauenorganisation von männlichen und weiblichen Parteangehörigen anders bewertet wurde, nicht in Betracht. Vgl. Henning, Beitrag der Frauen (wie Anm. 64), S. 133.

wurden die Frauen in dieser Frage überstimmt, da sie sowohl auf dem Parteitag, als auch im Vorstand in der Minderheit waren. Aus den Vorstandssprotokollen geht zudem hervor, dass die Fachausschüsse im Zuge eines Sparkurses reduziert wurden.<sup>66</sup> Im Protokoll der Frauensitzung im Dezember 1964 wird der Zusammenschluss der Frauen noch als taktisch sinnvolle Strategie bezeichnet.<sup>67</sup>

Die neue Frauenreferentin Hilde Kappus plädierte 1964 sogar für die Kooptation von Männern in den Frauenausschuss.<sup>68</sup> Dieser Vorschlag implizierte einen grundlegend anderen Ansatz zur Neuorganisierung der Frauenarbeit, der nicht nur dazu geeignet gewesen wäre, den Dialog zwischen Männern und Frauen über gleichberechtigungspolitische Fragen zu fördern – um die nach wie vor bilanzierten unterschiedlichen Sichtweisen einander anzunähern –, sondern auch dem seit zwei Jahrzehnten kritisierten Desinteresse der Männer gegenüber Frauen- und Gleichberechtigungsfragen und den daraus resultierenden Bildungsdefiziten in diesem Bereich zu begegnen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Parteileitung nicht aufgegriffen.

Nach Auflösung des Bundesfrauenausschusses und -referats gab es über zehn Jahre lang in der FDP keine Institution, in der eine Organisierung und Koordinierung von Fraueninteressen stattfand. Erst 1978 wurde mit der Bundeskommission für Gleichberechtigung und Familienpolitik unter der Leitung von Liselotte Funcke wieder eine Institution in der FDP gebildet, die sich mit Frauen- und Gleichberechtigungspolitik befasste. Sie erarbeitete 1978 das Programm zur Gleichberechtigung der Frau und 1979 das Kinderprogramm. 1981 wurde die Kommission unter Leitung von Hedda Heuser neu eingerichtet, um ein Antidiskriminierungsgesetz zu konzipieren. Sie entwickelte sich zu einer wichtigen Instanz der Frauenpolitik in der FDP, die neben inhaltlicher Arbeit die Funktion eines Netzwerks erfüllte.<sup>69</sup>

Die seit Konstituierung der Partei geführten Diskussionen um die Verankerung einer Frauenquote in der Satzung zeigten, welchen Kontinuitätsbrüchen die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Nachkriegszeit in einer Partei unterlag. Die jüngeren Politikerinnen setzten auf das Gleichberechtigungsversprechen des Liberalismus, nach dem die individuelle Qualifikation der Einzelnen ausreichen sollte, um in Ämter zu gelangen. Während die Frauenausschüsse in den 1950er Jahren noch Frauenquoten bis zu 25 % gefordert hatten, lehnten die jüngeren Politikerinnen Quotierungen sowie den Kampfgeist der

66 Vgl. FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960-1967. Eingel. u. bearb. von Reinhard Schiffers. Düsseldorf 1993, S. 666 f.

67 Vgl. Protokoll des Bundesfrauenausschusses vom 9.12.1964, ADL A5-15, Bl. 56 f., hier Bl. 56.

68 Vgl. Hilde Kappus: Antrittsrede, 29.9.1964, ADL A5-15, Bl. 27-37, hier Bl. 32.

69 Vgl. ADL A5, S. 1 u. Transkript des Interviews mit Hedda Heuser-Schreiber in Oberaudorf v. 28.4.1999, S. 3 f.

älteren Politikerinnen ab. Vor allem Frauen, „die es geschafft hatten“, wollten sich nicht als „Quoten-Frau“ diskriminiert fühlen. Die Politikerinnen empfanden Schutzklauseln für Frauen als unmodern und für sich selbst als beschämend.<sup>70</sup> Trotz der Einsicht, dass Männer nicht nur aufgrund ihrer Qualifikation in Machtpositionen gelangten, sondern aufgrund einer geschlechtsspezifischen Bevorzugung, saß die Angst, als Quotenfrau „abqualifiziert“ zu werden, tief. So argumentierte Liselotte Funcke, wenn es eine Quotenfrau nicht schaffe, die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen, sähen die Männer ihre Vorurteile nachträglich bestätigt.<sup>71</sup>

Hildegard Hamm-Brücher, die die Quote in ihrer Zeit als Politikerin abgelehnt hatte, verwies im Jahr 2005 auf den Erfolg ihrer Einführung: „Es war schon völlig richtig, die Quote durchzusetzen! Sie sehen es ja, was die Grünen jetzt für tolle Frauen haben. [...] Mit der Konsequenz, mit der sie die Quote durchgesetzt haben, haben sie den großen Durchbruch erzielt.“<sup>72</sup>

In der FDP stellte sich der Wegfall von Schutzklauseln bald als Fehlentscheidung heraus: Nach der Auflösung der Frauenorganisation 1966 und dem Verzicht auf Quoten wurde von FDP-Frauen immer noch die Erhöhung des Frauenanteils in den Parteiorganen gefordert, dies blieb aber ein wirkungsloser Appell. Die politische Chancengleichheit von Frauen und Männern war „prinzipiell“ anerkannt, praktisch verwirklicht wurde sie aber nicht. Mitte der 60er Jahre hatte der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion der FDP mit 4 % seinen tiefsten Stand erreicht.<sup>73</sup>

Erst seit Mitte der 80er Jahre kam es in der FDP zu einer Trendwende in der Gleichstellungspolitik, nachdem sich das Scheitern des Projekts der „freien Konkurrenz“ abgezeichnet hatte. 1986 verabschiedete der zweite FDP-Frauenkongress ein Programm zur „Frauenförderung in der FDP“, das die Forderung beinhaltete, binnen fünf Jahren den Frauenanteil in Entscheidungsfunktionen entsprechend dem Mitgliederanteil von 25 % zu erhöhen. Am „liberalen Gedanken der Selbstverpflichtung“ sollte aber „noch“ festgehalten und auf „starre paritätische Quoten“ verzichtet werden.<sup>74</sup> Infolge der unzulänglichen Verwirklichung des Frauenförderplans gründete sich 1990 die Bundesvereinigung Liberale Frauen. Gleichzeitig wurden unter den FDP-Frauen verstärkt Sympathien für Quotenregelungen laut.

70 So äußerte Hedda Heuser zum Begriff der Quote: „Schon das Wort durfte nicht fallen.“ Vgl. ebd., S. 2.

71 Vgl. Transkript Funcke (wie Anm. 61), S. 8.

72 Vgl. Transkript des Interviews mit Hildegard Hamm-Brücher in München v. 2.2.2005, S. 18.

73 Während von 1953 bis 1965 drei Frauen in der FDP-Fraktion im Bundestag waren, waren es seit 1965 nur zwei. Der Anstieg der Frauenanteile in den 1980er Jahren - vgl. Funcke (Hrsg.) (wie Anm. 26), S. 298 f. - wird sowohl auf Quotendiskussionen als auch auf die Impulse der neuen Frauenbewegung zurückgeführt, auf die die FDP als kleine Partei schneller reagiert habe als die Volksparteien. Dazu auch: Weinbach (wie Anm. 26), S. 8-25 u. 50-52.

74 Vgl. Neue Bonner Depesche 11/1986, S. 48 f.

Die FDP als Gesamtpartei beschränkt sich trotz ihrer geringen Frauenanteile bis heute auf unverbindliche Appelle, obgleich nicht mehr bestritten werden kann, dass durch die Quote als quantitative Strategie viel erreicht wurde: Ein Blick auf die Bundestagsfraktionen der letzten Legislaturperiode zeigt, dass Parteien mit Quotenregelung einen vergleichsweise hohen Frauenanteil haben, die Parteien ohne Quotierung einen unterdurchschnittlichen.<sup>75</sup> Die Erfahrung der zögerlichen Verwirklichung der Gleichberechtigungsgarantie in den Nachkriegsjahren und darüber hinaus betrifft jedoch alle Parteien. Die Kontinuität des Minderheitenstatus von Frauen in der Politik wurde erst mit Einführung einer Frauenquote von 50 % durch „Die Grünen“ durchbrochen.

Von einer annähernd gleichberechtigten numerischen Teilhabe an der politischen Macht in parlamentarischen Ämtern und Funktionen kann angesichts der Datenlage jedoch bis heute nicht gesprochen werden. Noch im Mai 1998 waren 78 % der Abgeordneten in Bund und Ländern Männer. Erst 1998 näherte sich der Frauenanteil des Bundestags mit 30,9 % der Quote an, die als notwendig gilt, um den politischen Einfluss einer Gruppe bemerkbar zu machen. Seitdem stagniert er an der Drittelfrage. Frauen in der Politik sind in Deutschland offensichtlich an die berüchtigte „gläserne Decke“ gestoßen.

Nachdem die Parteien Quoten bis in die 80er Jahre strikt ablehnten, gelten sie heute als wesentliches Instrument der Gleichberechtigung. Der konstruierte Widerspruch „Qualität versus Quote“ hat sich jedoch hartnäckig gehalten. Gerade in der FDP existiert immer noch die Befürchtung, eine Frauenquote würde Leistung als Auswahlkriterium untergraben. Dabei suggerieren Kritiker/innen der Quote, dass politische Partizipations- und Karrierechancen nach objektiven Leistungen und Kriterien vergeben werden. Demgegenüber wurde inzwischen vielfach nachgewiesen, dass politische Eliten nicht nur nach solchen Kriterien rekrutiert werden.<sup>76</sup> Auch die von mir durchgeführten Interviews mit FDP-Politikerinnen haben die Bedeutung des Einflusses der Herkunfts-familie und Politiknähe der Eltern auf die Politisierungsprozesse und den Erfolg der Frauen sichtbar gemacht. Zu ähnlichen Ergebnissen kam bereits Gabriele Bremme, die bilanzierte, dass „gerade in der FDP außer bestimmten fachlichen Qualifikationen für die Ämterbesetzung Name, Tradition und wirtschaftliche Macht

75 Im 17. Deutschen Bundestag (2009-2013) hatten die Fraktionen folgende Frauenanteile: Bündnis 90/ Die Grünen: 54,41 %, Linkspartei 52,63 %, SPD 38,35 %, CDU 21,64 %, FDP 24,73 %, CSU 13,3 %. Vgl. hierzu und im Folgenden Birgit Sauer/ Stefanie Wöhl: Demokratie und Geschlecht. Reihe Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. [http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie\\_und\\_Geschlecht.pdf](http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf), S. 6 f.

76 Laut Geißel neigen selektive Gruppen wie Parteien dazu, ihre Auswahlkriterien als objektiv darzustellen, um die Illusion zu erzeugen, dass ihre Kandidatenauswahl auf der Grundlage messbarer Qualifikation erfolge, während belegt sei, dass sie sich tatsächlich nach „sozialem und kulturellem Kapital, nach materiellen Ressourcen und nach Geschlechtszugehörigkeit“ rekrutierten. Vgl. Brigitte Geißel: Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen 1999, S. 221.

oder die Macht über eine Gruppe, aus welcher der Partei neue Anhänger zuwachsen, eine Rolle [spielen]“.<sup>77</sup> Brigitte Geißel beurteilt die Quote als einen „Meilenstein“ von vielen für egalitäre Partizipations- und Karrierechancen, da sie die Integration der bislang politisch Ausgegrenzten ermögliche „wie der dreifach orientierten Frauen mit Kindern.“ Sie schlussfolgert:

„Solange partiinterne Strukturen, berufsstrukturelle Restriktionen, staatliche Rahmenbedingungen, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die politische Kultur sich nicht verändern, werden sich Parteien trotz Einführung der Quote nur bedingt zu Orten politischer Partizipation von Frauen entwickeln (können). Aber zu warten, bis sich all diese Faktoren vielleicht in ferner Zukunft verändern, würde bedeuten, ›das unvollendete Projekt‹ der politischen Gleichstellung bis weit in das 21. Jahrtausend zu verschieben.“<sup>78</sup>

## Fazit

Am Beispiel der politischen Partizipation von FDP-Politikerinnen nach 1945 zeigt sich einerseits, wie schwierig sich die Gewinnung von Frauen für die Parteipolitik gestaltete, andererseits auf welche Widerstände die Durchsetzung von Fraueninteressen in Strukturen traditioneller Politikträger stieß. Die Politikerinnen sahen sich mit der zweifachen Problemlage konfrontiert, dass die Mehrheit der Frauen der Partei fernblieb und die Mehrheit der Männer die Interessen der Frauen als marginal behandelte.

Der Begriff der frauenpolitischen „Latenzphase“ wird jedoch dem Wirken der Freien Demokratinnen in der Ära Adenauer in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht: Wenngleich es nicht gelang, einen größeren Anteil von Frauen für die Parteiarbeit zu interessieren, so setzte sich eine Minderheit nach der Weststaatsgründung jedoch nachhaltig und kontinuierlich für die Gleichberechtigung der Frau ein. Zu den überraschenden Befunden der Quellenanalyse gehört diesbezüglich die Radikalität der Kritik der FDP-Politikerinnen in den 1950er Jahren an Gleichberechtigungsdefiziten in der eigenen Partei. Sie reflektierten, dass der Verzicht auf eine institutionalisierte Frauenförderung nicht den Liberalismus, sondern vorhandene Machthierarchien stärkte, da der Leistungsbegriff beliebig zur Abwehr ihrer Forderungen nach politischer Teilhabe instrumentalisiert werden konnte. Die Warnungen der älteren Politikerinnen vor einem Verzicht auf frauenfördernde Maßnahmen wurden in den 60er und 70er Jahren von den jüngeren nicht beherzigt. Die in der Literatur oft vorgenommene Dichotomisierung von „angepassten Müttern“ der Nachkriegsgeneration und „feministischen Töchtern“ erscheint hier ebenso fragwürdig wie die bi-

77 Vgl. Bremme (wie Anm. 42), S. 199.

78 Geißel (wie Anm. 76), S. 227.

lanzierte „machtpolitische Bescheidenheit“ der Politikerinnen der Ära Adenauer.<sup>79</sup>

Eine vergleichbar radikale Kritik an Gleichberechtigungsdefiziten in ihrer Partei übten weder Christ- noch Sozialdemokratinnen: Viele CDU-Politikerinnen definierten die Rolle der Frau in der Politik als die einer „Mittlerin im Hintergrund“.<sup>80</sup> Aus dieser Rollendefinition könnte eine Zurückhaltung der CDU-Frauen bei Machtkämpfen resultiert haben, die auch zur faktischen Einschränkung ihrer Macht in der Partei beigetragen hat. Viele Sozialdemokratinnen fühlten sich hingegen von den Männern ihrer Partei als Partnerinnen behandelt. Dass an den Frauentagungen der SPD Männer teilnahmen, während in CDU und FDP die Behandlung von Frauenfragen weitgehend den Frauen überlassen blieb, lässt darauf schließen, dass Frauenpolitik in der SPD einen zentraleren Stellenwert hatte. Der Anspruch auf Gleichberechtigung stieß aber auch hier auf Grenzen in der praktischen Umsetzung.<sup>81</sup>

Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung als normativer Anspruch war auch in der FDP nicht umstritten. Ein Dissens zwischen Männern und Frauen bestand indes in der Frage, wie sie zu verwirklichen sei: Seit den 1950er Jahren wurde die Forderung nach Frauenquoten von Männern stets mit dem Argument zurückgewiesen, dass nur die „Tüchtigkeit“ für die Wahl in Ämter ausschlaggebend sein dürfte. Diese Argumentation unterstellte, dass die zur Wahl angetretenen Kandidatinnen im Vergleich zu ihren Kollegen bis auf wenige Ausnahmen gescheitert seien, weil sie weniger qualifiziert gewesen seien, und negierte durch Individualisierung der Probleme von Politikerinnen die vorhandene strukturelle Benachteiligung, die Frauen als soziale Gruppe betraf. Die Situation der Frauen in der FDP blieb nicht zuletzt aus diesem Grund durch ihren Minderheitenstatus geprägt, der ihren machtpolitischen Einfluss stark einschränkte, da sie immer überstimmt werden konnten, wenn sie – wie bei der Abschaffung der Mindestquoten oder des Bundesfrauenausschusses – abweichende Positionen vertraten. Erst in den 1970er Jahren zeichneten sich Ansätze eines Wandels in der Behandlung der Gleichberechtigungsfrage in der FDP ab. Die stärkere Institutionalisierung der Frauenpolitik zeigte sich sowohl an der Programmarbeit, als auch an der Entwicklung der Frauenanteile.<sup>82</sup>

Der Blick auf das Verhalten männlicher Parteirepräsentanten zeigt wie in der Weimarer Zeit ein ambivalentes Bild: Einerseits fühlten sich gerade die

79 Vgl. z.B. Birgit Meyer: Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt a.M. 1997, S. 295-297 u. 332ff.

80 Vgl. Holz (wie Anm. 7), S. 226-279 u. 285 f.

81 Vgl. Meyer-Schoppa (wie Anm. 19), S. 149ff. u. 180ff.

82 Der Frauenanteil an der Mitgliedschaft stieg von 14 % 1971 auf 22,6 % 1979. Er erhöhte sich jedoch bis heute kaum: 2012 stellten Frauen immer noch nur 23 % an der Mitgliedschaft in der FDP. Vgl. Beate Hoecker: Frauen in der Politik. Opladen 1987, S. 51 u. Oskar Niedermayer: Parteimitglieder seit 1990. In: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20. Berlin 2013, S. 16.

jüngeren FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit bei ihrem Parteieintritt von Männern wie Theodor Heuss oder Thomas Dehler unterstützt. Andererseits stand dem programmatischen Anspruch, dass Männer und Frauen sich gemeinsam der Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung widmen, in der Praxis entgegen, dass selbst die Parteivorsitzenden dieser Aufgabe nicht die gleiche Bedeutung beimaßen wie anderen Sachfragen, sondern sie als Marginalie behandelten. Da sich die Politikerinnen von ihren männlichen Kollegen nur unzureichend unterstützt fühlten, blieben sie wie in der Weimarer Zeit auf die Vernetzung mit außerparteilichen Frauenverbänden verwiesen. Obgleich Männer zu den Veranstaltungen der parteiinternen Frauenausschüsse eingeladen wurden, nutzten sie nur vereinzelt die Chance, ihren Wissensstand in diesem Bereich zu verbessern. Die von der liberalen Frauenreferentin Hilde Kappus 1964 vorgeschlagene Delegation von Männern zu Frauentagungen wurde nicht realisiert. Die ministerielle Prominenz und die Parteivorsitzenden ließen sich bei solchen Anlässen häufig entschuldigen. Die Analyse verweist auf entsprechende Defizite der politischen Bildung bei Männern und damit zugleich auf die Einseitigkeit von Studien, die Bildungsdefizite ausschließlich bei Frauen bilanzieren. Forscher/innen, die zunächst ergebnisoffen davon ausgehen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit der Gleichstellung der Geschlechter nicht an das biologische Geschlecht geknüpft sein müsste, müssten gleichermaßen Handlungserwartungen an Frauen und Männer haben und entsprechend das Engagement weiblicher und männlicher Abgeordneter in diesem Bereich untersuchen und bewerten. Eine eingehende Analyse der Aussagen männlicher Abgeordneter zu ihrem Politikverständnis und ihrer Haltung zur Gleichberechtigung der Geschlechter ist jedoch – vermutlich auch aufgrund der Minderbewertung dieses Politikfelds in der traditionellen Politik- und Parteienforschung – immer noch ein Desiderat.

Der Blick auf die Vorstands- und Parteitagsprotokolle der FDP im Rahmen dieser Analyse zeigt, dass Politiker Frauen- und Gleichberechtigungsfragen selten oder gar nicht aus eigener Initiative ansprachen, obgleich sie sich als Abgeordnete des ganzen Volkes verstanden. Politikerinnen befassten sich stärker, aber keineswegs ausschließlich mit Frauenpolitik. Die vergleichende Betrachtung der Nachlässe von Männern – als Beispiel sei der umfangreiche Nachlass von Thomas Dehler erwähnt – und Frauen macht ebenfalls deutlich, dass Politikerinnen Gleichberechtigungsfragen eine größere Bedeutung beimaßen als ihre männlichen Kollegen.

Die Quellenauswertung verweist damit zugleich auf den spezifischen Beitrag der Frauen zur Demokratisierung der Bundesrepublik, der sich von dem der Männer in einem Punkt ganz wesentlich unterschied: Die FDP-Politikerinnen der Nachkriegszeit behandelten die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Frage von existenzieller Bedeutung für das Gelingen der Demokratisierung in der deutschen Gesellschaft; sie machten erstmals deutlich, dass

Frauenfragen als Menschheitsfragen zu betrachten sind und dass erst die völliche Gleichstellung von Mann und Frau einen substantiellen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung leistet. Bonn unterschied sich auch deshalb von Weimar, weil die Politikerinnen den Anspruch vertraten, die Gleichberechtigung von Frauen vom Rand in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses zu rücken. Sie knüpften dabei zwar an Reformanliegen der ersten Frauenbewegung an. Indem die Politikerinnen verhindern wollten, dass Frauen sich ausschließlich mit Sozialpolitik beschäftigen, erreichten sie aber eine neue Qualität in der Diskussion. Sowohl die Weimarer Politikerinnen- nengeneration als auch die jüngeren Politikerinnen der Nachkriegsgeneration verfolgten in diesem Punkt das Ziel, aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit zu lernen. Eine geschlechtsspezifische Segmentierung der Arbeitsbereiche sollte verhindert werden, um die damit verknüpfte Machtlosigkeit von Frauen nicht zu tradieren und fortzuführen.

Dass die Gleichberechtigung am Ende der Ära Adenauer noch lange nicht erreicht war, wurde von den FDP-Politikerinnen durchaus erkannt. Insbesondere die Erwartung, dass neben der quantitativen auch die qualitative Repräsentation von Frauen in Form von institutionalisierten Diskussionen über Fraueninteressen von der Gesamtpartei unterstützt werden müsste, blieb unerfüllt.<sup>83</sup> Die einleitend aufgeworfene Frage, ob es liberalen Politikerinnen der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit gelang, die randständige Behandlung der Frauen- und Gleichberechtigungspolitik auch in der politischen Praxis ihrer eigenen Partei zu durchbrechen, muss insofern verneint werden, als die politische Alltagswirklichkeit weit hinter den emanzipatorischen Ansprüchen der Politikerinnen zurückblieb. Die vollständige Verwirklichung ihrer bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit formulierten Intention, Frauen- und Gleichberechtigungsfragen in der FDP in das Zentrum des parteipolitischen Interesses zu rücken, steht bis heute aus. Verteilungsproblematik und Verfestigung sozialer Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern während des deutschen Wirtschaftswunders in den 1950er Jahren zeigten zudem, dass die Kategorie Geschlecht bei der Verteilung von politischen Partizipationschancen und von gesellschaftlichen Ressourcen höchst relevant blieb. Erst Jahrzehnte später wurde ein Frauenanteil von 30 % im Bundestag und ein größerer Einfluss von Frauen in traditionellen Männerdomänen erreicht – ohne die von den Nachkriegspolitikerinnen geführten Kämpfe zur Veränderung der politischen Kultur wäre diese Entwicklung jedoch kaum möglich gewesen.

83 So machen Birgit Sauer und Stefanie Wöhl u.a. den überzeugenden Vorschlag der Einrichtung einer ständigen „Frauenkonferenz“, ähnlich der Islamkonferenz, zur Förderung der Institutionalisierung von Diskussionen über Fraueninteressen in Parteien und Parlamenten. Vgl. Sauer/ Wöhl (wie Anm. 75), S. 17.